

# Mutters will 3,5 Mio. von der Agrar

Bürgermeister Hansjörg Peer wurde zum Substanzverwalter bestellt, gleichzeitig gewerbliche Erlöse der Agrar seit 1970 zurückgefordert.

**Mutters** – In Mutters hat Bürgermeister Hansjörg Peer noch vor Inkrafttreten des neuen Agrargesetzes im Gemeinderat klar Schiff gemacht. „Wir wollen keine Zeit verlieren und haben bereits den Substanzverwalter bestellt“, erklärt der Gemeindeführer. Er selbst wird die Agenden in der Agrargemeinschaft Mutters und Kreith übernehmen und künftig für alle Angelegenheiten, die über die

„Wir werden ja sehen, ob das neue Gesetz in der Praxis überhaupt funktioniert.“

Hansjörg Peer  
(Bürgermeister von Mutters)

Nutzungsrechte sowie den Haus- und Gutsbedarf der Agrargemeinschaftsmitglieder hinausgehen, zuständig sein. Doch nicht nur das: Wenn das Gesetz nach der sechswöchigen Einspruchsfrist in Kraft tritt, wird Peer auch über einen Verkauf von Grundstücken bei der Talstation der Mutterer Almbahn verhandeln. „Es geht um die Errichtung eines Hotels. Wir wollen die Gespräche mit potenziellen Investoren so rasch wie möglich aufnehmen“, begründet Peer die Beschlüsse in der Gemeinderatssitzung vom 22. Mai.

Im Zusammenhang mit den

Substanzerlösen bzw. nichtlandwirtschaftlichen Erlösen der Agrargemeinschaft Mutters hat Peer bereits in der Vergangenheit Forderungen in Millionenhöhe beantragt. „Gemäß der noch geltenden Rechtslage haben wir abzüglich der bisher erfolgten Zahlung der Agrargemeinschaft in Höhe von 66.100 Euro eine Summe von 3,5 Mio. Euro aus Substanzerlösen rückwirkend bis zum Jahr 1970 beantragt.“ Diese Forderung ist laut Peer spätestens seit 1. Jänner 2014 fällig. „Eine Entnahme wurde uns bisher nicht gestattet.“

Diesen Schritt hat die Gemeindeführung bewusst gesetzt, denn mit dem neuen Agrargesetz ist eine Aufrechnung von Ausschüttungen bzw. Investitionen nicht mehr möglich, der Stichtag für gewerbliche Einnahmen ist der 10. Oktober 2008 und für den Überling der 28. November 2013. „Wir wollen, dass die Agrarbehörde unsere Ansprüche feststellt.“ Die Summe sei allerdings nicht als Rücklage vorhanden, „weshalb sie aus meiner Sicht als Verbindlichkeit gegenüber der Gemeinde besteht.“ Für Peer geht es auch um eine Nagelprobe für das kürzlich im Landtag beschlossene Agrargesetz, dem er ablehnend gegenübersteht. „Wir werden ja sehen, wie es in der Praxis bei uns funktioniert.“ (pn)